

FLÜCHTLINGE UNTERBRINGEN

Private Wohnungen

In Wien und Niederösterreich ist das Angebot von privaten Wohnungen für Flüchtlinge laut Caritas und Diakonie zurückgegangen. Es wird ständig nach Wohnangeboten von Privatpersonen gesucht.



Foto: Shutterstock

Neues Großraumzelt

In der Bundesbetreuungsstelle Traiskirchen wurde ein beheiztes Großraumzelt als Wartebereich für ankommende Asylwerber errichtet. Trotz Aufnahmestopps kommen täglich rund 80 Flüchtlinge.



Foto: APA / Neubauer

„Zehn ehrenamtliche Helfer haben uns täglich unterstützt – vor allem Asylwerber haben Böden verlegt oder Dachschindeln aufgelegt.“

Von Doris Neubauer

Noch im Oktober erstreckte sich bloß ein braches Feld hinter der Dienststelle des Roten Kreuzes Oberösterreich in Bad Leonfelden. Kaum einen Monat später zeigt sich ein anderes Bild: Drei ident aussehende, schlichte Häuser mit hellgrauem Flachdach, dunkleren Außenwänden und weiß umrahmten Fenstern stehen auf dem Gelände. Halb gefüllte Müllsäcke, Fahrräder in allen Größen und vor allem der Duft nach frisch angebratenen Zwiebeln, der aus einem der geöffneten Fenster ins Freie dringt, zeugen davon, dass aus dem leeren Feld in wenigen Wochen ein bewohntes Mini-Dorf geworden ist.

Die vier Monate alte Asma ist eine dieser neuen Dorf-Bewohnerinnen: Erst im September war sie gemeinsam mit ihren Eltern Akrami Abbas und Quambari Fatema sowie den sechs Schwestern aus Afghanistan nach Österreich gekommen. Seit Mitte November teilen sie sich mit zwei weiteren afghanischen Familien eines dieser modular zusammengesetzten, 170 Quadratmeter großen Häuser. Für die nächsten drei bis zwölf Monate – so lange also, bis das Asylverfahren abgeschlossen ist – haben die Flüchtlinge hier ihr neues Zuhause gefunden.

Aus Not wurde Tugend

„Ursprünglich wollten wir die Häuser dem Oberösterreichischen Roten Kreuz für die Katastrophenhilfe nach dem Erdbeben in Nepal spenden“, erzählt Baumeister Peter Schranz, wie das Pilotprojekt zustande kam. Seit 12 Jahren setzt die Firma „Global Housing Solutions“ mit Sitz in Ried/Traunkreis diese Kunststoff-Beton-Häuser in südamerikanischen Staaten wie Brasilien, Venezuela, Peru oder Bolivien bei Wohn-, Schul- und Büroprojekten ein. Der schnelle, unkomplizierte Aufbau prädestiniert sie genauso für diese Notfälle wie die Tatsache, dass sie wieder abbaubar sind und für den nächsten Einsatz gelagert werden können. Da in Nepal aber Zelte verwendet wurden, hatte das Rote Kreuz Oberösterreich in der Heimat Bedarf an den „Temporary“-Häusern angemeldet.

Tatsächlich kann man die Gebäude angesichts der Flüchtlingsströme sehr gut gebrauchen: Rund 600 bis 1.000 Plätze pro Monat werden hierzulande voraussichtlich für Asylwerber benötigt, die von den Erstaufnahmestellen in Traiskirchen, Bad Kreuzen, Thalham oder Reichenau/Rax kommandiert in den Bundesländern auf einen positiven Bescheid warten. In Oberösterreich rechnet man mit einem Bedarf von monatlich 80 bis 100 Betten, die jetzt im Winter bitter nötig sind. Dass diese nicht nur in leerstehenden Häusern zu finden sein werden, weiß man beim Roten Kreuz nur zu gut: „Oft fehlt

Was in Südamerika seit langem funktioniert, hat das Rote Kreuz nun erstmals im oberösterreichischen Bad Leonfelden getestet: „Temporary“-Häuser für Flüchtlinge.

Für die erste Zeit ein UNTERSCHLUPF

es in diesen an Infrastruktur“, erklärt Gerald Roth, Bezirksgeschäftsführer vom Roten Kreuz Urfahr-Umgebung. „In vielen alten Gebäuden gibt es keine ausreichende Wärmeisolierung oder es müsste zu viel repariert werden.“ Auch die „Temporary“-Häuser

„Nächstes Jahr sollen die neuen Bewohner in den Schulen ihre Geschichten erzählen, damit die Kinder die neuen Nachbarn auch persönlich kennen lernen können.“

mussten an die Bedürfnisse der Flüchtlingsfamilien und vor allem an den österreichischen Winter angepasst werden. Fenster sowie Türen wurden wärmeisoliert und Holzträger eingebaut, um der etwaigen Schneelast standzuhalten, die in Bad Leonfelden auf 750 Metern Höhe gang und gäbe ist. Separate Damen- wie Herren-Toiletten wurden eingepflanzt und die Gemeinschaftsküche so erweitert, dass pro Haus drei Familien unabhängig voneinander genug Platz zum Kochen ha-

ben. „Mit einem fixen Haus kann man die Gebäude zwar nicht vergleichen“, räumt Bauherr Schranz ein, „doch im Vergleich zu einem Container haben unsere Häuser ein viel besseres Raumkonzept – sind aber gleich teuer.“

Dass man bei Kosten von etwa 220.000 Euro die Ausgaben für das Flüchtlingsdorf sogar unter denen von Containersiedlungen für die gleiche Bewohneranzahl halten konnte, liegt unter anderem am Engagement von Freiwilligen. Selbst beim Bau der Häuser unter-

stützte die Bevölkerung die drei Bauarbeiter tatkräftig. „Zehn bis elf Ehrenamtliche hatten wir täglich bei uns“, berichtet Roth, „besonders Asylwerber haben uns sehr unterstützt und Hilfsarbeiten verrichtet.“ Sie haben den Boden verlegt, Wände eingezogen oder die Dachschindeln aufgelegt. Der Hausbau ist nicht die einzige Gelegenheit, bei der das Rote Kreuz Oberösterreich die Bad Leonfeldner eingebunden hat und auf deren Unterstützung angewiesen war. Denn während die Asylwerber für ihre Versorgung selbst aufkommen müssen und dafür täglich pro Person 5,50 Euro aus der Grundversorgung erhalten, wurden die Häuser mit Spenden eingerichtet.

Gitterbetten rasch organisiert

So funktionell und nichtssagend die grauen Gebäude von außen aussehen, so gemütlich versuchte man dabei ihr Innenleben zu gestalten: Die kahlen Böden wurden durch bunt gemusterte Teppiche verschönert, jede Menge Geschirr und Besteck stapeln sich auf den Kästen, geblümte Pölster bedecken die Couch, ein kleiner Fernseher steht im Gemeinschaftsraum im Eck. In einem der Häuser warten gebrauchte Spielsachen auf die Kleinen und an den Wänden hängen selbstgemachte Plakate mit dem deutschen ABC. „Als wir am Freitag erfuhren, dass in den ersten Familien zwei Babys wären, haben wir mit der Hilfe von Ehrenamtlichen innerhalb von ein paar Stunden sogar Gitterbetten aufgetrieben“, freut sich Amalia Rosca vom Roten Kreuz über die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung.

Statt der ursprünglich kalkulierten 48 Personen betreut die Sozialarbeiterin mittlerweile 57 Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Irak sowie dem Gazastreifen im neuen Dorf von Bad Leonfelden und bereitet sie auf ein mögliches Weiterleben in Österreich vor. „Die Mülltrennung hat in der ersten Wo-

KLARTEXT

Von Susanne Glass

Vorurteilsvolle Ermittlungen

Dieser Prozess ist eine Qual. Vor allem für die Angehörigen der Opfer. Aber auch für alle Deutschen, die die Hintergründe dieser rechtsextremen Mördereingangs NSU aufgeklärt und die Verantwortlichen bestraft sehen wollen. Beate Zschäpe, die Hauptangeklagte, hat 248 Tage lang geschwiegen. Sie hat sich einen Machtkampf mit ihren Verteidigern geliefert. Jetzt hat sie eine Erklärung verlesen lassen.

Ihr Anwalt hat das Bild einer bedauernswerten von Männern manipulierten Frau gezeichnet. An den Morden, Anschlägen und Raubüberfällen will sie nicht beteiligt gewesen sein. Sie habe zwar mit beiden Tätern viele Jahre zusammengelebt. Aber von den Taten, wenn überhaupt, erst hinterher erfahren. Sie sei eben generell viel zu verliebt gewesen, zu blind, zu verkorkst von ihrer schweren DDR-Vergangenheit und später zu beschwipst von den vielen Flaschen Sekt, die sie trinken musste, um ihr schweres Los zu ertragen. Zu schlechter Letzt verlas ihr Anwalt eine



Entschuldigung bei den Angehörigen. Wie sehr sich diese Menschen gedemütigt fühlen müssen! Erst ging der deutsche Rechtsstaat jahrelang davon aus, dass die ausländischen Opfer Mitglieder einer kriminellen Vereinigung gewesen seien. Somit an ihrem Tod Eigenverantwortung tragen.

Man hat die Schuldigen unter den trauernden Angehörigen vermutet. Diese entsprechend behandelt. Jetzt noch diese Inszenierung Zschäpes. Der Preis des Rechtsstaates ist hier sehr hoch. Trotzdem, es gibt keine Alternative. Aber wir sollten für die Zukunft lernen. Solche vorurteilsbedingten Ermittlungsspannen darf es nicht mehr geben. Wir brauchen mehr Polizisten mit Migrationshintergrund. Die größte Sorge aber: Dass bei der Konzentration auf die Person Zschäpe die Suche nach den weiteren Mittätern und Hintermännern des NSU vernachlässigt wird.

Die Autorin ist Korrespondentin der ARD in Wien

Asyl-Großquartier

Von „massiven Missständen“ im Leobener Asyl-Großquartier spricht die Volksanwaltschaft. Die Lagerhalle sei kalt, unerträglich laut und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge völlig ungeeignet.



Foto: EPA



Foto: Rotes Kreuz (2)

Mitarbeiten am eigenen Heim

Die neuen „Temporary“-Häuser sind dringend notwendig: Etwa 600 bis 1.000 Plätze pro Monat werden hierzulande für Asylwerber voraussichtlich benötigt. Die vier Monate alte Asma (u.) wird in so einem Haus ihre ersten Weihnachten in Österreich erleben.



Foto: Doris Neubauer

che schon gut geklappt“, freut sich Rosca – keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass die Verständigung vor allem in den Anfangstagen nur über die Google-Übersetzungsmaschine funktioniert hat. Inzwischen stehen der Sozialarbeiterin zwei Helfer zur Seite: Bereits anerkannte Asylwerber aus Afghanistan und dem Irak sind freiwillig in Bad Leonfelden als Dolmetscher tätig. Hoffentlich nicht mehr allzu lange, denn die Kinder der Familien gehen bereits in der Gemeinde in den Kindergarten oder in die Schulen.

Dort wurde eine eigene Lehrerin abgestellt, um den Flüchtlingen zusätzlich Deutsch beizubringen. Nachmittags kommen darüber hinaus Freiwillige aus dem Dorf, um auch den Erwachsenen die fremde Sprache näherzubringen. Es sollen nicht die einzigen Gelegenheiten sein, in denen Neu- und Alt-Bad-Leonfeldner zusammentreffen. Geht es nach dem Roten Kreuz Oberösterreich, soll das Flüchtlingsdorf ein Beispiel für gelungene Integration in Urfahr-Umgebung werden. „Nächstes Jahr werden unsere Bewohner in den Schulen ihre Geschichten erzählen, damit die Kin-

der die neuen Nachbarn kennen lernen können“, so Rosca über die aktuellen Pläne, „außerdem wäre es gut, wenn unsere Bewohner älteren Leuten in der Gemeinde bei Alltagsarbeiten helfen dürfen. Wir arbeiten daran!“

Weihnachten im Temporary-Haus

Was beim Zusammenleben noch angestrebt wird, ist in Sachen Häuserbau bereits gelungen: In oberösterreichischen Gemeinden wie Naarn-Perg, Ried/Riedmark und Braunau hat man sich ein Beispiel am 300.000-Euro-Projekt in Bad Leonfelden genommen: Dort sind weitere Dörfer aus Temporary-Häusern für das Rote Kreuz, die Diakonie und private Auftraggeber schon im Entstehen.

Asma und ihre Familie hatten Glück: Sie werden Weihnachten in diesem Jahr zusammen mit den beiden anderen Familien in ihrem neuen, vorübergehenden Zuhause in Bad Leonfelden feiern. Im Gemeinschaftsraum ist jedenfalls genügend Platz für einen großen Weihnachtsbaum. Es wäre der allererste im Leben der muslimischen Flüchtlingsfamilien.

Wie ein integrationsförderndes Wohnkonzept aus Vorarlberg die Wohnungsknappheit für Flüchtlinge nachhaltig entschärfen könnte

„Sozialer Wohnbau für alle“



Foto: Design Therapy

Das Gespräch führte Sylvia Einöder

Die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und den Westbalkan, die eskalierte Lage im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen, die Berichte und Prognosen des Flüchtlingshilfswerks UNHCR brachten Fachleute der Architekturbüros postnerandpartner und Hermann Kaufmann dazu, nachzudenken, wie man Flüchtlinge besser unterbringen könnte – ohne die Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung zu vergessen.

DIE FURCHE: Sie haben festgestellt, dass derzeit am heimischen Wohnmarkt drei Teilmärkte miteinander konkurrieren, nämlich jener für Asylwerber, jener für anerkannte Flüchtlinge und jener für vorgemerkte wohnungssuchende Einheimische. Wie wollen Sie das Problem angehen?
Andreas Postner: Angesichts der Lage wurde uns klar, dass wir bauliche Maßnahmen setzen müssen, statt nur im privaten Sektor Wohnungen zu suchen. Unser Architektenteam hat der Politik und der Öffentlichkeit vorgeschlagen, für Flüchtende und Ortsansässige gleichzeitig zu bauen. Ein junger Erwachsener hat gefragt: „Hat es die Flüchtlinge gebraucht, damit man in Vorarlberg endlich erkennt, wie wichtig es ist, neuen leistbaren Wohnbau für die Jungen zu schaffen?“ Wir wollen die aktuelle Wohnungsknappheit bei

„Hat es denn die Flüchtlinge gebraucht, damit man in Vorarlberg endlich erkennt, wie wichtig es ist, neuen leistbaren Wohnraum zu schaffen? – Und zwar für Flüchtlinge und für die ortsansässige Bevölkerung.“

den Flüchtenden als Impuls verstehen. Dadurch ergibt sich eine einzigartige Chance. Das gilt für ganz Österreich. In der prekären Situation der Flüchtenden soll die Nutzung die ersten fünf bis zehn Jahre ihnen zur Verfügung stehen, danach könnte man daraus Starter-Wohnung für junge Leute, Not- und Sozialwohnungen machen.
DIE FURCHE: Für Ihr Wohnmodell „Transfer-Wohnbau-Vorarlberg-Gemeinsam leben“ wollen sie auf Gründen von Pfarren, Diözesen und Gemeinden bauen. Wie soll das ausschauen?

Postner: Bischof Benno Elbs, die Diözesen und die Pfarren hat dieses Modell total überzeugt und auch alle Sozialwissenschaftler und Praktiker aus der Flüchtlingsbetreuung. Im Sommer haben wir es erstmals der Landesregierung vorgestellt. Die Grundidee ist, im ländlichen und kleinstädtischen Gebiet für Asylwerber Wohnraum zu schaffen, indem wir auf diesen Gründen auf Baurechtsbasis neue Holzhäuser errichten. Diese Gebäude sind klein strukturiert und orientieren sich an traditionellen Vorarlberger Architekturformen.
DIE FURCHE: Wie wollen Sie Konflikten mit der lokalen Bevölkerung vorbeugen?
Postner: An einem Ort wollen wir in ein oder

Neue Nachbarn

In einem Ort sollen nicht mehr als 30 Flüchtlinge untergebracht werden – nach fünf bis zehn Jahren sollen die Quartiere auch als Starter-Wohnungen für junge Einheimische sowie als Not- und Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden.

zwei Häusern zwischen 15 und 30 Flüchtlinge unterbringen. Mehr würde in einem kleinen Ort die Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der lokalen Bevölkerung oft überstrapazieren. Am Land erfolgt Integration anders als im urbanen Raum, es gibt weniger Anonymität. Die unmittelbaren Nachbarn, das Viertel, die Dorfgemeinschaft müssen die Integration im Alltag tragen. Im Sinne der Vielfalt und Diversität wollen wir einen Wohnungsmix von 35-, 55-, 75- und 110-Quadratmeter-Wohnungen anbieten.

DIE FURCHE: Wie soll das interkulturelle Miteinander in diesen „neuen Nachbarschaften“ funktionieren?

Postner: Die Flüchtenden sollen als erster Integrationsschritt bereits am Endausbau des Hauses mitarbeiten, bei den Wänden, Decken, Möbeln, den Außenanlagen und der Anlage von Gärten. Die Nutzgärten sind essentiell, nicht nur weil vielleicht Obst und Gemüse gebraucht werden, sondern weil interkulturelle Gemeinschaftsgärten zu den erfolgreichsten Integrationsprojekten gehören. Aus den Sozialwissenschaften wissen wir, wie wichtig es ist, dass sich Flüchtende neu verorten, Wurzeln schlagen können. Das ist auch wichtig für den Spracherwerb.
DIE FURCHE: Wie soll das Ausbildungsprogramm für die neuen Bewohner ausschauen, das Sie „hAUSBILDUNG“ nennen?

Postner: Erstens vermitteln wir Know-how rund um das Gebäude: Wie funktionieren Gebäude, Heizung, Küche, Garten, Müllentsorgung? Der zweite Teil ist mit Sprache und Alltagskultur verbunden: Wer einen Hammer oder Erde in der Hand hatte, merkt sich Worte viel schneller, als wenn es ein abstraktes Vokabel bleibt. Der dritte

Teil betrifft die Nachbarschaft, die Gemeinde, die Struktur unseres Gemeinwesens. Dabei geht es uns auch um Lebensstile, Rechte und Pflichten. Wir entwickeln gerade ein Curriculum, an dem Leute aus dem sprachwissenschaftlichen, dem sozialpädagogischen, dem developmentpolitischen und dem technischen Bereich arbeiten. Dafür wollen wir auch stark mit den lokalen Pfarren, den Gemeinden und Gartenvereinen zusammenarbeiten.

DIE FURCHE: Es kam sicher Kritik aus der Bevölkerung, dass zuerst den Flüchtlingen und nicht den bedürftigen Einheimischen geholfen wird?

Postner: Nein. Wir wollten bewusst nur im kleinen Maßstab

für Asylwerber bauen. Wegen der prekären Wohnungssituation wollen wir gleichzeitig, im gleichen Programm, ebenso kostengünstig für die ortsansässige Bevölkerung bauen. Das ist für uns eine sozialpolitische Notwendigkeit und entspricht unserer Vorstellung von Integration. Die Bauten für die Ortsansässigen sollen sich nach und nach zu einem bestimmten Prozentsatz für gleichberechtigte anerkannte Flüchtlinge mit Bleiberecht öffnen, sodass wir nach zirka zehn Jahren eine soziale Durchmischung haben, einen nachhaltigen und sozialen Wohnbau für alle.



Foto: Privat